

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Informationsvorlage

2009134/1

Dezernat: <b>OB</b>	aktuelles Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am: <b>07.07.2009</b> TOP: <b>2.4</b>
Amt: <b>Ratsbüro</b>	öffentlich <b>ja</b>	Vorlagen-Nr.: <b>2009134/1</b>
	Az.:	erstellt am: <b>11.06.2009</b>

### Betreff

**Verpflichtung der Stadträtinnen und Stadträte**

### Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	07.07.2009: Stadtrat	07.07.2009	

### Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Kurt-Jürgen Zander		29.06.2009

### Beschlussentwurf

-

### Gesetzliche Grundlagen:

§§ 51, 30, 31 und 52 GO LSA

## Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Gemäß § 51 Abs. 2 GO LSA werden die Stadträtinnen und Stadträte in der ersten Sitzung über die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten belehrt.

Die Verpflichtung nimmt das an Jahren älteste Mitglied des Stadtrates gemäß § 51 Abs. 2 Satz 2 GO LSA vor. Dies ist Herr **Walter Kulawik**.

Die den Stadträtinnen und Stadträten auferlegten grundsätzlichen Pflichten sind in den §§ 30, 31 und 52 GO LSA verankert.

Danach hat ein zur ehrenamtlichen Tätigkeit Bestellter, die ihm übertragenen Geschäfte uneigennützig und verantwortungsbewusst zu führen. Der ehrenamtlich tätige Bürger ist zur Verschwiegenheit verpflichtet über alle Angelegenheiten, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist.

Er darf die Kenntnis von geheimzuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerten. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit fort. Die Geheimhaltung kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zum Schutz berechtigter Interessen einzelner besonders angeordnet werden. Die Anordnung ist aufzuheben, sobald sie nicht mehr gerechtfertigt ist. Der ehrenamtlich tätige Bürger darf Ansprüche und Interessen eines anderen gegen die Stadt nicht geltend machen, soweit er nicht als gesetzlicher Vertreter handelt. Dies gilt für einen ehrenamtlich mitwirkenden Bürger nur, wenn die vertretenden Ansprüche oder Interessen mit der ehrenamtlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen.

Ob die Voraussetzungen dieses Verbots vorliegen, entscheidet bei Stadträten und Ortschaftsräten der Stadtrat, im Übrigen der Oberbürgermeister.

Übt ein zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellter Bürger diese Tätigkeit nicht aus oder verletzt er seine Pflicht nach Abs. 1 gröblich oder handelt er seiner Verpflichtung zuwider oder übt er entgegen der Entscheidung des Stadtrates oder Oberbürgermeisters eine Vertretung aus, so handelt er ordnungswidrig.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. Nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die Ordnungswidrigkeiten beschließt der Stadtrat über die Einleitung der Verfolgung oder die Ahndung bei Stadratsmitgliedern und Ortschaftsräten.

Wer ehrenamtlich tätig ist, darf nach § 31 GO LSA bei Angelegenheiten nicht beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst, seinem Ehegatten, seinem eingetragenen Lebenspartner, seinen Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen besonderen Vorteil oder Nachteil bringen kann. Dies gilt nicht, wenn er an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehöriger einer Berufs- und Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.

Wer in einer Angelegenheit in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist, darf bei dieser Angelegenheit nicht in ehrenamtlicher Tätigkeit beratend oder entscheidend mitwirken. Das gleiche gilt für denjenigen, der

1. bei einer natürlichen oder juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts oder einer Vereinigung gegen Entgelt beschäftigt ist oder
  2. bei einer juristischen Person oder bei einem nicht rechtsfähigen Verein als Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates und eines vergleichbaren Organs tätig ist, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter der Gemeinde angehört oder
  3. Gesellschafter einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts ist,
- wenn die unter 1 bis 3 Bezeichneten ein wirtschaftliches oder besonderes persönliches Interesse an der Erledigung der Angelegenheit haben.

Wer annehmen muss, an der Beratung und Entscheidung gehindert zu sein, hat dies vorher mitzuteilen.

Ob ein Mitwirkungsverbot besteht entscheidet in Zweifelsfällen in Abwesenheit des Betroffenen bei Mitgliedern des Stadtrates und bei Ehrenbeamten der Stadtrat und bei Mitgliedern von Ausschüssen der Ausschuss, sonst der Oberbürgermeister.

Wer nach den Vorschriften gehindert ist an der Beratung und Entscheidung einer Angelegenheit mitzuwirken, hat den Beratungsraum zu verlassen. Bei einer öffentlichen Sitzung ist er berechtigt, sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Beratungsraumes aufzuhalten. Ein Beschluss der unter Verletzung der o.g. Vorschriften gefasst worden ist, ist unwirksam.

Die Verletzung ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung gegenüber der Stadt unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die den Mangel ergibt, geltend gemacht worden ist.

Des Weiteren sind gemäß § 52 (1) die Mitglieder des Stadtrates verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen und die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen.

Gemäß § 32 GO LSA ist die Belehrung über die §§ 30 und 31 aktenkundig zu machen.

**Anlagen:**

-